

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5105

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5105



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 9. März 2025

Inhalt

Unsere Volksschule den Bildungseliten überlassen?	1
7. März 2025, Marianne Wüthrich	1
Die Schule wird zur Therapieanstalt.....	4
NZZ, 24. Februar 2025, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann	4
«Die Schule wird zur Therapieanstalt»	6
NZZ, 28. Februar 2025, Meinung & Debatte, Leserbriefe	6
Der Kanton sägt an der integrativen Schule	7
Tages-Anzeiger, 4. März 2025, Zürich, Jigme Garne.....	7
«Wir haben die Probleme unterschätzt»	9
NZZ, 5. März 2025, Zürich und Region, Interview: Giorgio Scherrer	9
Was Widerstand von unten bewirken kann	11
Journal 21, 4. März 2025, Carl Bossard	11
Der Bund schafft die Lehrabschlussprüfung doch nicht ab	13
NZZ, 1. März 2025, Schweiz, Matthias Venetz, Bern	13
Abschaffung ABU-Prüfung: «Halte nichts von Reform»	15
20 Minuten, 25. Februar 2025.....	15
Maturitätsquote muss nicht erhöht werden	15
NZZ, 7. März 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief	15
«Wir sind im Blindflug».....	16
NZZ, 4. März 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann	16
Veranstaltungshinweis	19
Künstliche Intelligenz – welche Auswirkungen hat KI auf unsere Kinder, Schule und Gesellschaft?	19
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. März 2025	19

Unsere Volksschule den Bildungseliten überlassen?

7. März 2025, Marianne Wüthrich

Themen im aktuellen Newsletter sind einmal mehr die Infragestellung der integrativen Schule als angeblich einzig richtige Lösung, das Seilziehen um die allgemeinbildende Lehrabschlussprüfung sowie das bemerkenswerte Eingeständnis eines der aktivsten Unterstützer von Schulreformen, keine Ahnung zu haben, warum unsere Schulbildung schlechter geworden ist.

Ross und Reiter der Schulreformen sind bestens bekannt

NZZ-Journalist Sebastian Briellmann schreibt Klartext zu einer Reihe fragwürdiger Schulreformen, die eine massive Verschlechterung der Volksschulbildung und die Entkernung des Lehrerberufs



verursacht haben («Die Schule wird zur Therapieanstalt»). Im Zentrum seines Artikels steht zum einen das Integrationsmodell mit all seinen negativen Auswirkungen auf die Bildung unserer Jugend – nicht nur der lernschwächeren Schüler. Zum anderen nennt der Autor aber auch Ross und Reiter der Reformen: eine mehrheitlich schulferne Bildungselite, die seit Jahrzehnten die Deutungshoheit für sich beansprucht, ohne für die Folgen der von ihr durchgesetzten Neuerungen einzustehen. Dies wird in unserer heutigen Textsammlung an verschiedenen Stellen deutlich.

Die Vorwürfe zweier Leserbriefschreiber, der Autor zeichne ein undifferenziertes Bild der Integration beziehungsweise er stütze sich kaum auf empirische Evidenz, sind angesichts der zahlreichen negativen Berichte aus dem Schulalltag und der erwiesenen sinkenden Schülerleistungen nicht nachvollziehbar. Aus pädagogischer Sicht ist wichtig, dass dieses Modell nicht jedem Kind gerecht wird, ja dass die vielen Sondersettings manch einem sogar schaden können, wie Briellmann mit Verweis auf Prof. Roland Reichenbach anmerkt.

Kleinklassen schaffen Recht auf Bildung und Fürsorge für alle Kinder

Erfreulicherweise hat der Zürcher Kantonsrat kürzlich entschieden, eine sinnvolle Platzierung von Kindern in Kleinklassen zu erleichtern. Damit schliesst er sich der wachsenden Einsicht in immer mehr Kantonen und politischen Parteien an, dass die «Integration um jeden Preis» gescheitert ist («Der Kanton sägt an der integrativen Schule»).

Schulferne Bildungselite, Beispiel 1:

Wider jede Realität hält die Zürcher Bildungsdirektorin in der Kantonsratsdebatte an ihrem Widerstand gegen Kleinklassen fest. Ihr Beharren auf sogenannten Schulinseln, wo man störende Kinder vorübergehend separiert, um sie dann wieder in ihre Klasse zurückzuschicken, zeigt die Bildungsferne von Silvia Steiner. Denn für jeden Pädagogen ist klar, dass eine solche «Lösung» ohne jeden Anspruch, ein Kind voranzubringen, seinem Recht auf Bildung und Fürsorge prinzipiell entgegensteht.

Hand und Fuss hat dagegen die Argumentation von Sekundarlehrer und GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler, warum Kleinklassen besonders für verhaltensauffällige Schüler sinnvoll sein können («Wir haben die Probleme unterschätzt»). Allerdings ist zu ergänzen: Selbstverständlich dürfen Kleinklassen nicht in erster Linie dazu dienen, die Regelklassen von «schwierigen» Schülern zu entlasten, sondern sie sollen Kindern mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten eine echte Bildungschance ermöglichen. (Übrigens kommt es häufig vor, dass ein Kind aufhört, den Unterricht zu stören, wenn es in einer adäquaten Lernsituation neuen Mut fassen kann.) Aber auch alle anderen Kinder haben ein Recht auf einen Schulunterricht, der nicht mehrheitlich aus selbstorganisiertem Lernen besteht. Und nicht zu vergessen: Die Lehrerinnen und Lehrer haben das Recht, ihren Beruf als Persönlichkeiten mit einem menschlichen und pädagogischen Anliegen ausüben zu können. Die Herabstufung des Lehrerberufs auf Coaching und administrative Beschäftigung ist einer der Hauptgründe, warum gerade die besten Lehrkräfte ihren Beruf aufgeben.

Erfolgreicher Widerstand gegen Abschaffung der ABU-Lehrabschlussprüfung

Schulferne Bildungselite, Beispiel 2:

Wie bereits in einem früheren Newsletter berichtet, wollte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) über die Köpfe der Lehrerschaft an den Berufsschulen hinweg die schriftliche Lehrabschlussprüfung im allgemeinbildenden Unterricht (ABU) abschaffen. Dies mit der absurden Begründung, in schriftlichen Prüfungen würden Fakten abgefragt, während mit mündlichen Prüfungen die «Kompetenzen» der Schüler «erhöht» werden könnten. Carl Bossard stellt in seinem Artikel in pädagogisch überzeugender Weise klar, dass ohne Wissensfundament auch keine Kompetenzen entstehen. Und er freut sich über den breiten Einspruch aus Lehrerverbänden und Politik, der die Umsetzung der verbohrteten Ideen aus der Bildungsverwaltung ins Wanken brachte («Was Widerstand von unten bewirken kann»).

Aufhorchen lässt die hanebüchene Rechtfertigung aus dem SBFI: Man habe die Reform «in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern» erarbeitet und «den aktuellen Herausforderungen entsprechend



aufgeleistet». «Wir wollten nicht gar nicht, sondern anders prüfen.» («Der Bund schafft die Lehrabschlussprüfung doch nicht ab»). Mit derart hohlen Phrasen steuert man an der Realität vorbei. Das Berufsleben fordert von jungen Erwachsenen, dass sie fähig sind, sich in ein Thema zu vertiefen und sich auf einen Lernstoff zu konzentrieren. Der Prüfungsstoff im Fach Allgemeinbildung ist überschaubar, den kann jeder junge Mensch nach drei oder vier Jahren Berufslehre bewältigen, wenn er will. In diesem Sinn stellt die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) richtig fest, «der Verzicht auf die Abschlussprüfung sei ein falsches Signal an die Leistungsbereitschaft der Lehrlinge.» Schön, dass sich unsere Parlamentarier in Bern mit dieser wichtigen Frage befassen.

Nun schiebt das SBFI den Entscheid, die Form der Prüfung Allgemeinbildung festzulegen, an die Kantone ab. Immerhin ist anzunehmen, dass die Waage sich in Richtung schriftliche Prüfung neigen wird. Andernfalls gäbe es vermutlich einen Aufstand der ABU-Lehrkräfte. Bereiten Sie einmal Tausende von mündlichen Prüfungen vor, natürlich mit verschiedenen Aufgaben, denn die Kommunikation funktioniert heute auch über die Schulen hinweg problemlos.

«Wir sind im Blindflug»

Schulferne Bildungselite, Beispiel 3:

Das Interview mit Bildungsforscher Stefan Wolter gibt besonders zu denken. Der Nationalökonom hat sein Arbeitsleben mehrheitlich in der Bundesverwaltung verbracht, seit 1999 ist er Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF und Titularprofessor für Bildungsökonomie an der Universität Bern. Angesichts seiner zahlreichen Mandate in der Bildungselite liegt es nahe zu vermuten, dass Wolter einigen Einfluss auf die Schweizer Schulreformen hatte und hat. (siehe <https://www.skbf-csre.ch/skbf/team/stefan-wolter/>).

Im Interview sagt er doch tatsächlich: «Es gibt bei uns Reformen, die gross angekündigt und mit schönen Worten beschrieben werden – *aber nie wird die Abmachung getroffen, welches Ziel damit erreicht werden soll, und noch viel wichtiger: wie man die Zielsetzung einmal auch überprüfen will.* So stehen sich alle aus der Verantwortung.» Nach Wolters ökonomischer Vorstellung müssten die Ziele mit Testserien gesetzt und kontrolliert werden. Dies führt jedoch an der Realität der Schule und der Bildung vorbei. Wenn wir unsere Jugendlichen mit einer Flut von Tests überschütten und statistische Zahlenkolonnen füllen würden, brächte ihnen das keine bessere Bildung. Denn es ist bereits allgemein bekannt, dass die Leistungen unserer Schüler, und zwar nicht nur der neu eingewanderten, massiv abgenommen haben. Wolters: «Es sind vor allem die einheimischen Schüler, die in den letzten zwanzig Jahren schlechter geworden sind».

Es genügt nicht, den Bildungsabbau festzustellen, sondern wir müssen etwas dagegen tun. Wolters Frage: «Wo sollen in Zukunft die Arbeitsplätze entstehen für den Viertel der Schulabgänger, die keine adäquaten Kompetenzen in Grundlagenfächern haben?» geben wir ihm und den anderen Bildungsverantwortlichen zurück. Es ist ihre Pflicht und Schuldigkeit, die dringenden Forderungen vieler Eltern und Lehrer nach einer besseren Volksschulbildung und einer praxistauglichen Lehrerbildung aktiv voranzubringen. Wir dürfen nicht weitere zwanzig Jahre verstreichen lassen!



Die Schule wird zur Therapieanstalt

NZZ, 24. Februar 2025, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann

Das integrative Modell ist gescheitert. Es ist unverständlich, dass es von einer Bildungselite weiterhin propagiert wird.

In der Schweiz gibt es seit Jahrzehnten viele Reformen im Bildungssystem, die allesamt von einer technokratischen Elite ausgetüftelt wurden – und bis heute mit Verve verteidigt werden. Diese Bildungselite hat die Deutungshoheit und wie eine Monstranz ihre Losung vorträgt: Neu ist immer besser. Es wird am System «geschräubelt», um es zu modernisieren (wie das dann gerne genannt wird), weil man damit angeblich der Realität gerecht werde.

Es interessiert die Macher offenbar wenig, was die Neuerungen den Schülern genau bringen – und auch nicht, was die Lehrer davon halten. Dass viele Praktiker eine gegenteilige Meinung vertreten, verkommt deshalb oft zur Randnotiz. Niemand weiss, was eine solche Reform wirklich bewirkt hat. Es gibt kaum statistisch haltbares Material dazu. Warum auch? Wer seine Projekte untersuchen lässt, dem droht allenfalls ein wenig schmeichelhaftes Resultat.

Das beste schlechte Beispiel dafür ist die integrative Schule. Sie sollte dafür sorgen, dass jedes Kind bestmöglich betreut wird. Chancengerechtigkeit war das Schlagwort. Kein Stigma mehr für die Schwächeren, keine Ausgrenzung. Alle zusammen in einer Regelklasse? Klang wunderbar, fair, divers, fortschrittlich. Die stärksten Schüler helfen ihren Gspänli, man bringt sich gemeinsam vorwärts, der Lehrer unterrichtet nicht mehr hauptsächlich, sondern coacht, begleitet.

Erschreckende Resultate

Die Wahrheit ist eine andere. Das vielleicht eindrücklichste Bild lieferte eine Basler Lehrerin, die der Sendung «Reporter» des Schweizer Fernsehens die Realität – die alle, die wollten, schon kannten – erstmals auch in Ton und Farbe bekanntmachte: Es herrsche Überforderung, ständige Unruhe, Verzweiflung bei den Pädagogen. Auf der Wandtafel wurden, primarschulgerecht, alle achtzehn Schüler der Klasse aufgezeichnet und dazu mit farbigen Magneten dargestellt, wie viele von ihnen mindestens ein sogenanntes Sondersetting erhalten. Das erschreckende Resultat: Nur ein einziges Kind ging ganz normal in die Schule, also ohne zusätzliche Massnahmen, die Hälfte der Klasse hatte mindestens zwei solcher Sondersettings – manche noch mehr.

Es gilt, anzumerken, dass es sich um eine Primarschule in einer strukturschwachen Gegend mit hohem Migrationsanteil handelt, aber das Phänomen tritt überall auf. Es überrascht nicht, dass die Leistungen der Schweizer Schüler insgesamt wenig erbaulich sind. Ein Viertel der 15-Jährigen kann nicht richtig lesen. Schreiben muss derart altmodisch sein, dass viele Schüler kaum mehr von Hand schreiben können. Mittlerweile mehren sich sogar an den Universitäten die Klagen, dass Prüfungen kaum korrigierbar seien, weil die Professoren nicht verstünden, was die Studenten sagen wollten.

In der Mathematik ist es zwar leicht besser, aber auch dort erreicht ein Fünftel das Mindestmass nicht (ebenso in den Naturwissenschaften). Im internationalen Vergleich ist die Schweiz zwar – je nach Fach: oberes – Mittelmass, aber nur, weil die anderen Länder noch viel schlechter geworden sind.

Wirklich überraschend ist das nicht, wenn man sich die heutige Volksschule anschaut. Das ist, salopp gesagt, keine Schule mehr. Sondern eine Therapieanstalt. Befürworter der integrativen Schule sagen es selbst: Jedes Kind muss diagnostiziert werden, um es «bestmöglich» zu betreuen. Das führt dazu, dass der Lehrer keine Autorität mehr ist. Die Kinder werden für schlechtes Betragen nicht mehr vor die Türe geschickt, sondern in ein separates Zimmer – betreut von einer weiteren Lehrerin. Man nannte das zuerst soft «Schulinsel». Heute ist es ein «erweiterter Lernraum». Statt einer Bestrafung klingt das wie die Belohnung für einen Hochbegabten, der seine Aufgabe bereits gelöst hat.

Obwohl: Eine solche Klassifizierung in gute und schlechte Schüler ist wahrscheinlich bereits heikel. Denn jedes Kind habe ja Talente, die individuell gefördert werden müssten, sagen die Reformer.



Darum ergeben auch Noten keinen Sinn mehr. Aber offenbar helfen Farben. In den heterogenen Regelklassen bekommen schwache Schüler einen «Nachteilsausgleich», ein weiteres Modewort. Mehr Zeit für einen Test. Vorlesen der Aufgabe. Weniger Fragen. Oder weniger schwierige. Manche erhalten überhaupt keine Bewertung mehr, sondern eine Bestätigung: dass sie auch im Unterricht dabei waren («besucht»). Dafür sollen sie «selbstorientiert» lernen, damit sie «resilient» werden, und das «altersdurchmischt»: Das bedeutet, gerade für überforderte Schüler, nur noch mehr Stress. Solche Schwierigkeiten werden bagatellisiert – oder gleich ganz ignoriert.

Was soll daran integrativ und im angedachten Sinn sogar förderlich sein? Kinder wissen ganz genau, wo sie gut und wo sie schlecht sind. Trotzdem hat man heute das Gefühl, alle gleich auszeichnen zu müssen. Das ist nicht Chancengerechtigkeit, sondern eine selbstgerechte Inszenierung: Das Vorgaukeln von Fairness für alle zeigt die Ungerechtigkeit in Wahrheit umso brutaler auf. Die guten Schüler tragen mittlerweile einen Gehörschutz, damit sie sich konzentrieren können. So gross ist die Unruhe in vielen Klassenzimmern, was unvermeidbar ist, wenn nebst der Lehrerin noch eine Assistentin, noch ein Heilpädagoge und noch eine Logopädin im selben Raum unterrichtet, begleitet, coacht.

Zusätzlich sorgen auch Sondersettings ausserhalb des Unterrichts für Unruhe. Psychomotorik, zusätzliche Deutschförderung, ein Time-out: Immer wieder müssen Kinder lektionenweise die Regelklasse verlassen, um danach wieder zurückzukehren. Denken sie dann wirklich, dass sie gleich gut sind (oder behandelt werden) wie die anderen? Der renommierte Erziehungswissenschaftler Roland Reichenbach sagte in der NZZ, dass solche Lernformen den Schwächeren sogar schaden. Es ist schwer verständlich, warum viele Lehrerverbände an diesem System, das viele Verlierer kennt, festhalten wollen.

Unbestritten ist nämlich, dass es in jeder Klasse einen Kipppunkt gibt: Gibt es zu viele verhaltensauffällige Kinder, leidet die Leistung von allen. Dieser Kipppunkt liegt zwischen 15 und 20 Prozent.

«Anleitung, Üben, Korrektur»

Der nationale Lehrerverband mag nun, wie immer, einwenden, dass es einfach mehr Geld für mehr Ressourcen – Lehrer, Therapieangebote, Räumlichkeiten – brauche: Aber das ist eine Forderung, die gleich doppelt entlarvend ist: Erstens zeigt sie, dass die offiziellen Auskunftspersonen die Kinder weniger unterrichten und mehr behandeln wollen. Und zweitens ist der Glaube, dass mehr Geld die Probleme löst, ein zweifelhafter: Das Bundesamt für Statistik wies für 2021 aus, dass der Personalbedarf pro Schüler knapp 15 000 Franken im Schnitt betrug – 50 Prozent mehr als am Anfang dieses Jahrtausends. Das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik hat zudem nachweisen können, dass mehr Geld nicht zu klügeren Schülern führt. Das heisst nicht, dass sich Investitionen in das Bildungssystem nicht lohnten, aber für eine erfolgreiche schulische Karriere ist das Geld nicht entscheidend.

Ein solches Argumentarium gilt dem Bildungsestablishment aber als ewiggestrig. Diese Geisteshaltung ist deswegen auch an den pädagogischen Hochschulen (PH) dominant. Die Lehr- und Lernforscherin Esther Ziegler hat das Problem der PH in der NZZ auf den Punkt gebracht: «Man soll nicht mehr frontal unterrichten, soll weniger vorzeigen und erklären. Auch korrigieren ist ein Stück weit verpönt. Stattdessen sollten die Kinder selbstorganisiert arbeiten, in ihrem Tempo. Das führt dazu, dass sie ihre Aufgaben mit ihren Banknachbarn lösen. Vieles läuft über Abschreiben.» Kinder brauchten jedoch «Anleitung, Üben, Korrektur».

Das sind unerlässliche Grundkompetenzen. Aber zu langweilig für die Auszubildner? Heute definiert sich die Schule über Frühfranzösisch, teilautonome Schulen, selbstorientiertes und altersdurchmisches Lernen, Output-Orientierung. Das klingt alles schön, aber gebracht hat es nichts. Die Leistungen werden immer schlechter, die Bürokratie ufert dafür aus. Weil verkannt worden ist: Die Schule kann man nicht von aussen entwickeln, das tun die Pädagogen, von Generation zu Generation, mit neuen Ideen, Absichten und Konzepten. Das sagen erfahrene Praktiker schon lange.



Doch die Hochschulen sind nicht nur Hort des links-progressiven Denkens, sondern sie nivellieren auch das Ausbildungsniveau nach unten. Oft lehren berufsfremde Dozenten, die Zulassungsbedingungen werden wegen zu weniger Lehrer immer mehr gelockert. Dabei ergab eine Untersuchung, dass es gar keinen Mangel gäbe, würden alle Teilzeitlehrer ihr Pensum um nur 10 Prozentpunkte erhöhen. Es muss der Verdacht erlaubt sein, dass der Leistungsgedanke in dieser Ausbildung nicht mehr viel zählt. In der immer noch meritokratischen Gesellschaft kommt für die Schüler nach einer oftmals leistungsfreien Laufbahn (spätestens) dann der Schock, wenn sie ins Berufsleben eintreten oder studieren wollen.

Nüchtern betrachtet, ist die Sache klar: Es braucht die endgültige Abkehr von der integrativen Schule. Die Reform mag gut gemeint gewesen sein, aber sie hat die Schüler schlechter gemacht, die Lehrer zusätzlich belastet, ein Unterrichten ist so kaum möglich. Das hat – mit reichlich Verspätung – auch die Politik gemerkt. In verschiedenen Kantonen wird das Ende des Experiments gefordert. Nebst der SVP tut dies nun auch die FDP.

«Die Schule wird zur Therapieanstalt»

NZZ, 28. Februar 2025, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Der Autor zeichnet in seinem Artikel ein undifferenziertes Bild der Integration. Für alle Probleme, die es in der Volksschule gibt – bis hin zu den mangelnden Deutschkenntnissen der Studentinnen und Studenten an den Universitäten –, die Integration verantwortlich zu machen, hilft der notwendigen Diskussion über die Integration eindeutig nicht (NZZ 24. 2. 25).

Es gibt Schulen, an denen die Integration gelingt. Es gibt Schulen, die mit der Integration Schwierigkeiten haben. Jede Schule, ob integrativ oder mit Kleinklassen, braucht gute Lehrpersonen, die den Unterricht bewusst vorbereiten sowie die Klassen klar und konsequent führen, egal, mit welchen Lehrformen sie unterrichten. Sie müssen die Kinder motivieren und begleiten, damit diese ihr Potenzial ausschöpfen können. Das funktioniert nur, indem geübt und kontrolliert wird und Rückmeldungen gegeben sowie Fehler verbessert werden.

Gute Lehrpersonen fordern und fördern gezielt und massvoll. Das Ziel aller Lehrpersonen soll sein, das Kind auf die Zeit nach der Volksschule vorzubereiten und es zu befähigen, ein selbständiges Leben ohne staatliche Unterstützung führen zu können. Wer nicht bereits während der Schule stigmatisiert wurde, bringt gute Voraussetzungen mit, nach einer beruflichen Ausbildung dieses Ziel zu erreichen – ganz im Sinne liberaler Ideale.

Ich bezweifle stark, dass die Abschaffung der Integration, wie von FDP und SVP gefordert, und die Rückkehr zum alten System sofort alle Probleme der Schule lösen würden. Die Schule musste sich immer schon den Veränderungen anpassen, mit der Zeit gehen und sich immer weiterentwickeln. Anpassungen braucht es darum laufend.

Ja, es gibt einiges zu verbessern. Gefordert sind alle Beteiligten, pädagogische Hochschulen, Politik, Lehrpersonen, Eltern und Kinder, ihren Beitrag dazu zu leisten, damit die Volksschule ihren Auftrag weiterhin gut erfüllen kann und kompetente Schüler die Schule verlassen. Einfach die Zeit zurückzudrehen, würde die Schulen sicher nicht besser machen.

Helen Benninger, Brugg

Allem Anschein nach schafft man es nicht, des Lehrermangels Herr zu werden. In diesem interessanten Artikel kann man wieder einmal darüber lesen. Schon länger frage ich mich, ob es tatsächlich einen Lehrermangel gibt oder ob er allenfalls zum Zweck bemüht wird, die Lohnkosten für das Lehrpersonal zu reduzieren, weil auch nicht diplomierte Primarlehrerinnen und Primarlehrer einen Lehrauftrag an der Primarschule erhalten.



Erfahrene Lehrpersonen mit stufengerechtem Lehrdiplom werden durch jüngere Menschen mit keinem oder einem nicht stufengerechten Lehrdiplom ersetzt, wie es in meinem Fall geschehen ist. Zwei Jahre vor dem ordentlichen Pensionsalter eröffnete mir der Schulleiter, dass ich – obwohl ich bei der Mitarbeiterbeurteilung die höchste Stufe erreicht hatte – im nächsten Schuljahr nicht mehr als Klassenlehrperson arbeiten dürfe, sondern nur noch als Fachlehrerin für DaZ (Deutsch als Zweitsprache).

Neun Jahre lang unterrichtete ich in einer zürcherischen Gemeinde eine Mittelstufen-Mehrklasse (4. bis 6. Klasse) als Klassenlehrperson mit Klassenverantwortung. Da ich dieses Angebot nicht annehmen wollte, kündigte ich die Stelle und ging früher in Pension. Grundsätzlich hätte ich aber gerne als Klassenlehrperson bis zum ordentlichen Pensionsalter gearbeitet.

Meiner Meinung nach sollte nachgefragt werden, worauf dieser «scheinbare» Lehrermangel beruht. Handelte es sich in meinem Fall um einen Einzelfall, oder hat es vielleicht System, ältere Lehrpersonen durch jüngere zu ersetzen?

Bernadette Straessle, Seuzach

Die Schule ist bekanntlich ein durchaus komplexes Gebilde mit einer grossen Anzahl unterschiedlicher Akteure, die ihrerseits wiederum eine beachtenswerte Heterogenität aufweisen. Lernende, Lehrpersonen, Eltern, Bildungspolitiker, Ausbilderinnen, Behörden oder politische Parteien betrachten das Thema naturgemäss aus verschiedenen Blickwinkeln und Interessenlagen.

Am Schluss des Artikels herrscht wohl mehr Verwirrung denn Erkenntnis, da der Autor eine Fülle von gängigen Begriffen aus der Bildungslandschaft vorlegt, jedoch häufig zusammenhanglos kombiniert und sich kaum auf empirische Evidenz stützt.

Sich allgemein und grundsätzlich negativ über die Schule zu äussern, fällt leicht und stösst gewiss vielerorts auf Zustimmung. Denn wer hat nicht selbst einmal Kritisches erlebt oder stellvertretend erfahren?

Nach der Methode der Best Practice könnte mehr über erfolgversprechende oder bewährte Beispiele aus der Praxis berichtet werden. Die Erfahrungen, wie schulisches Lernen gelingen kann, weiterzugeben, könnte eine Ausbreitung bewirken. Ausserdem existieren auch wissenschaftliche Studien, die sich mit den schulischen Lernbedingungen auseinandersetzen.

So hat etwa John Hattie, ein neuseeländischer Professor für Erziehungswissenschaften, eine Studie über die Einflussfaktoren des Schulunterrichts herausgegeben, bei der über 800 Metaanalysen einbezogen wurden. Dabei hat er 138 Faktoren benannt und den Effekt auf den Unterricht untersucht. Zum Beispiel die Klarheit der Lehrperson oder die Lehrperson-Schüler-Beziehung.

Die schulische Integration prinzipiell infrage zu stellen, ohne eine zeitgemässe Weiterentwicklung zuzulassen, sollte ebenso der Vergangenheit angehören wie die mantraartige Forderung, die Lernenden wieder in Sonderklassen zu separieren.

René Zimmerli, Winterthur

Der Kanton sägt an der integrativen Schule

Tages-Anzeiger, 4. März 2025, Zürich, Jigme Garne

Kleinklasse für auffällige Kinder Ist die integrative Schule gescheitert? In Zürich verlangt die Politik eine Kurskorrektur von der Bildungsdirektion.

«Es bringt doch nichts, ein überlastetes System immer mehr aufzublähen und noch mehr Therapeutinnen in die Klassen zu schicken.» Der Zürcher Bildungspolitiker Christoph Ziegler (GLP) ist sonst kein Mann der lauten Worte, aber jetzt, wo es um die integrative Schule geht, wird er deutlich: «Das System der totalen Integration muss hinterfragt werden, bevor es zusammenkracht.»



Seit zwei Jahrzehnten besuchen Kinder mit körperlichen und geistigen Defiziten im Kanton Zürich, wenn immer möglich, eine Regelklasse. Hingegen wurden die Kleinklassen, welche viele dieser Kinder früher besuchten, fast überall aufgelöst.

Chancengleichheit für alle, kein Stigma für niemanden - so lauten die Ideale der schulischen Integration, welche die Zürcher Bildungsdirektion als Grundpfeiler der Schule lobt.

Immer häufiger und lauter sind aber Stimmen zu hören, wonach verhaltensauffällige Kinder den Unterricht stören und Lehrkräfte übermässig belasten. Der Ruf der integrativen Schule hat derart gelitten, dass sich gemäss repräsentativen Umfragen eine Mehrheit der Stimmberechtigten eine Rückkehr zu Kleinklassen wünscht.

Nun hat das Parlament des Kantons einen Entscheid mit Signalwirkung gefällt: Es beauftragt die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner mit einer bildungspolitischen Kehrtwende. Der bürgerliche Vorstoss, den gestern eine Ratsmehrheit mit 92 zu 76 Stimmen angenommen hat, fordert eine Rückkehr der Kleinklassen. Der Vorstoss wurde als Motion eingereicht; die Regierung muss nun eine Gesetzesänderung oder konkrete Massnahmen vorschlagen.

Lehrpersonen in Basel sind klar für Kleinklassen

Die Motion mit dem Titel «Regelklassen endlich wirksam entlasten» stammt von Anita Borer (SVP), Christoph Ziegler (GLP) und Angie Romero (FDP). Die Erstunterzeichnerin Borer sagte in der Ratsdebatte, sie habe in ihrer Lehrzeit selbst erlebt, wie verhaltensauffällige Schulkinder den Unterricht dermassen gestört hätten, dass das Leistungsniveau der ganzen Klasse darunter gelitten habe. Die integrative Schule stosse nachweislich an ihre Grenzen, sagte Borer. «Die Integration um jeden Preis ist gescheitert.» Von Kleinklassen würden dagegen alle profitieren - die betroffenen Kinder, die Mitschüler, die Lehrkräfte.

Vernichtend für die schulische Integration waren auch die Ergebnisse einer Basler Umfrage ausgefallen, welche Borer zitierte. Von 664 befragten Lehrpersonen befürworteten 85 Prozent die Einführung von Kleinklassen.

Gemäss dem Zürcher Vorstoss soll es künftig für jedes Kind die Möglichkeit geben, in einer Kleinklasse unterrichtet zu werden. Der Wechsel zurück in eine Regelklasse soll möglich sein und angestrebt werden.

Im Kanton Zürich haben Gemeinden zwar die Möglichkeit, Kleinklassen einzuführen. Weil sie damit aber die personellen Ressourcen der Regelklassen schröpfen, kommt das praktisch nicht vor. Aktuell zählt der Kanton Zürich laut Bildungsdirektion gerade einmal sechs Kleinklassen.

SP: «Integrative Schule ist alternativlos»

«Nicht alle Kinder können in die Regelklasse integriert werden, und es ist nicht für alle sinnvoll», sagte der Mitunterzeichner Ziegler, der als Sekundarlehrer unterrichtet. Er erzählte von problematischen Fällen - etwa von einem Mädchen, das seine Kindergärtnerin mehrmals biss, oder einem Jugendlichen, der die Klasse terrorisiert und jegliche Zusammenarbeit verweigert. Anständige und lernwillige Kinder kämen hingegen oftmals zu kurz.

Gegen den Vorstoss votierte eine Minderheit aus den linken Parteien SP, Grüne und AL sowie der EVP und der Mitte-Partei von Bildungsdirektorin Steiner. Die SP lehne alle Versuche ab, Schulkinder zu separieren statt zu integrieren, sagte die ausgebildete Primarlehrerin Carmen Marty Fässler. «Für eine fortschrittliche Gesellschaft gibt es ohne integrative Schule gar keine Alternative.»

Die Grünen-Kantonsrätin Livia Knüsel, ebenfalls Primarlehrerin, fügte hinzu: Wenn Schulkinder in Kleinklassen verschoben würden, schrumpften die Regelklassen, und es fehlten dort Lehrkräfte. Dies könnte dazu führen, dass Regelklassen zusammengeführt und schliesslich zu gross würden.

Beide sind der Ansicht, dass es genügend Lösungsansätze gibt, um Regelklassen zu entlasten, etwa mit Schulinseln, Halbklassenlektionen oder zusätzlichen Fachpersonen. Hier sei der politische Wille von rechts gefragt.



Die Bildungsdirektorin Silvia Steiner sagte, sie könne die Absicht der Motion nachvollziehen. Situationen mit verhaltensauffälligen Kindern könnten für Lehrpersonen sehr anspruchsvoll sein. «Eine rasche vorübergehende Separation kann entlastend wirken. Aber die Überweisung in eine Kleinklasse ist nie rasch oder vorübergehend.» Sinnvoller seien erweiterte Schulinseln und Förderzentren, wie sie der Regierungsrat vorschlägt.

In der Ratsdebatte ortete Steiner das grundlegende Problem, dass das Schulsystem häufig anhand anekdotischer Erfahrungen beurteilt werde. Dagegen würden Studien ein anderes Bild zeichnen: Die Lernfortschritte von schulleistungsschwachen Kindern seien in einer integrativen Schule signifikant besser als in einer Kleinklasse. Umgekehrt habe die Integration in der Regel keine negativen Auswirkungen auf die Leistungen von stärkeren Kindern.

Steiner wies darauf hin, dass Gemeinden bereits die Möglichkeit haben, eine Kleinklasse einzuführen. Die Motion zwingt die Gemeinden aber dazu, unabhängig vom Bedarf. «Ich würde es bevorzugen, wenn der Kanton den Gemeinden und Schulpflegen diesen Handlungsspielraum belassen würden.»

Mehrere Vorstösse in der Schweiz

Neu ist die Kritik an der integrativen Schule nicht. Richtig gezündet hat die Debatte aber erst, als FDP-Präsident Thierry Burkart im Interview mit dieser Redaktion einen bildungspolitischen Marschhalt forderte. Die nationale Partei legte ihren Mitgliedern Mustervorstösse vor, welche sie daraufhin in kantonalen Parlamenten einreichten.

Im Kanton Aargau ist ein solcher Angriff auf die integrative Schule gescheitert. Das Kantonsparlament lehnte die FDP-Motion für flächendeckende Förderklassen ab.

Der Kanton Basel hat sein Kleinklassen-Verbot vor kurzem rückgängig gemacht. Der Schritt erfolgte wegen einer Volksinitiative aus Lehrerkreisen, die daraufhin zurückgezogen wurde.

Der Kanton Luzern hat mit einem Pilotprojekt mit vier Sonderschulklassen reagiert. Der Versuch soll zeigen, ob Sonderschulklassen an Regelschulen das bisherige Angebot ergänzen.

Auch im Kanton Zürich handelt es sich bei der Motion nicht um den einzigen Angriff auf die integrative Schule. Daneben läuft derzeit auch der parlamentarische Prozess zur Förderklassen-Volksinitiative, die ebenfalls aus der Feder von FDP, SVP und GLP stammt. Gemäss dem Initiativtext sollen Kinder und Jugendliche aus den Klassen genommen und für mindestens ein halbes Jahr in heilpädagogisch geführten Förderklassen unterrichtet werden.

«Wir haben die Probleme unterschätzt»

NZZ, 5. März 2025, Zürich und Region, Interview: Giorgio Scherrer

Zürcher Bürgerliche fordern eine Abkehr vom integrativen Unterricht – der GLP-Politiker Christoph Ziegler unterstützt sie.

Herr Ziegler, normalerweise stimmt die GLP in bildungspolitischen Fragen mit der Linken. Jetzt haben Sie im Kantonsparlament mit der FDP und der SVP eine Abkehr von der integrativen Schule gefordert. Sind Sie zum Bildungsbürgerlichen geworden?

Sicher nicht. Wir hatten hier schon immer eine differenzierte Meinung. Und als Sekundarlehrer muss ich einfach sagen: Das System funktioniert so nicht mehr.

Inwiefern nicht? Die Schweiz hat doch eines der besten Bildungssysteme der Welt, mit entsprechenden Resultaten bei der Pisa-Studie.

Ich stelle einfach fest, dass die Begeisterung und das Wohlwollen in der Lehrerschaft geschwunden sind. Die Vorbehalte gegenüber der Integration von verhaltensauffälligen Kindern sind gross. Wir



müssen erkennen, dass man nicht alle Kinder in eine Regelklasse integrieren kann. Das sprengt einfach unser System. Wir haben dafür nicht genug Ressourcen.

Von welchen Fällen sprechen wir?

Ein Mädchen, das ohne Vorwarnung die Kindergärtnerin beisst. Drei Mal. Oder ein 15-jähriger Jugendlicher, der die Klasse terrorisiert, jegliche Zusammenarbeit verweigert. Beide wären wohl besser aufgehoben in einer Kleinklasse, wo sie eine klare Bezugsperson haben, zu der sie eine Beziehung aufbauen können. Es bringt doch nichts, wenn man wie jetzt fünf, sechs oder sieben verschiedene Therapeutinnen und Heilpädagogen hat, die an diesen verhaltensauffälligen Kindern herumwerkeln.

Die wissenschaftliche Evidenz ist klar: Wer integrativ unterrichtet wird, lernt in der Regel mehr als in einer Kleinklasse. Das entgegnet Ihnen auch die Bildungsdirektorin Silvia Steiner. Sie wirft Ihnen vor, anekdotisch zu argumentieren, an den Fakten vorbei.

Ich sehe einfach, was an der Schule passiert. Wie die Stimmung unter den Lehrpersonen ist. Silvia Steiner hat schon recht: Es ist anekdotisch. Ja, natürlich! Wir Lehrpersonen sind es schliesslich, die die Integration tagtäglich in der Praxis umsetzen. Und da muss ich sagen: Wir haben die Probleme unterschätzt. Integration um jeden Preis – das nützt auch den betroffenen Schülerinnen und Schülern nicht. Wenn sie zum Beispiel immer stören, dann werden sie irgendwann selbst zum Fremdkörper in der Klasse.

Elisabeth Moser Opitz, Professorin für Erziehungswissenschaften in Zürich, sagte der NZZ unlängst: «Die Forschung zeigt klar: Kinder mit Lernschwächen und leichten geistigen Behinderungen lernen im integrativen Unterricht mehr als in der Kleinklasse.» Auch den anderen Kindern schade die Integration nicht, sofern der Anteil betroffener Schüler 15 bis 20 Prozent nicht übersteige.

Ich bin ja gar nicht gegen jede Art von Integration. Schauen Sie, ich mache wieder ein anekdotisches Beispiel: Nehmen Sie einen Schüler mit reduziertem Hörvermögen. Da muss der Lehrer stets ein Mikrofon tragen. Er muss die Hörverständnisübungen vor der Stunde aufs iPad des Schülers laden. Er muss die Lernziele aufschreiben, statt sie mündlich zu verkünden. Das geht problemlos, ich weiss das aus eigener Erfahrung. Ein solcher Junge ist eine Bereicherung für die Klasse.

Wo ist dann das Problem?

Das liegt bei den stark verhaltensauffälligen Kindern. Denen, die den Unterricht massiv stören. Dort sind wir zu weit gegangen. Man kann einfach nicht alle integrieren. Sonst überfordern wir auf Dauer die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler.

Die Anzahl sonderpädagogischer Massnahmen im Kanton Zürich steigt seit Jahren an. Ist das ein Ausdruck dieser Überforderung? Beantragen die Schulen immer mehr Massnahmen, weil sie mit dem Unterrichtsalltag immer weniger zurechtkommen?

Sie haben eine Frage gestellt und gleich selbst eine mögliche Antwort gegeben. Wieder: Ich habe keine Studien gemacht, ich habe nur meine Erfahrung als Lehrer. Und die sagt mir: Wir müssen uns fragen, warum die Sondersettings immer mehr werden. Wir können nicht einfach blindlings immer mehr Ressourcen in das System hineinbuttern und hoffen, dass das alle Probleme lösen wird.

Nun ist es im Kanton Zürich jetzt schon so, dass jede Gemeinde selbst entscheiden kann, ob sie Kinder mit Förderbedarf integriert oder in Kleinklassen unterrichtet. Es gibt keinen Zwang zur Integration.

Auf dem Papier nicht. Faktisch ist das System so ausgestaltet, dass jede Schulgemeinde nur zwei Möglichkeiten hat: Entweder sie setzt ganz auf Integration, oder sie setzt auf separierte Klassen. Die finanziellen Anreize – und die bestimmt der Kanton – sind so ausgestaltet. Sie verhindern, dass vor allem kleinere Gemeinden einen moderaten Mittelweg suchen können, ohne finanziell an ihre Grenzen zu stossen.

Die Bildungsdirektorin Steiner kritisiert, dass Ihre Lösung – eine teilweise Rückkehr zu den Kleinklassen – am Ende teurer wäre als das gegenwärtige System.

Das wäre noch zu klären. Ich bin überzeugt davon, dass es beim integrativen Unterricht auch viele



Doppelspurigkeiten gibt. Aber klar: Das Ganze ist sicher keine Sparübung. Es geht um eine pädagogische Frage.

Der Kanton schlägt als Alternative zu den Kleinklassen sogenannte Schulinseln vor. Was ist das überhaupt?

Ich kenne das aus meiner Schule. Es ist ein Ort für ein kurzfristiges Time-out, betreut von einer Lehrperson. Wenn zwei Kinder furchtbar miteinander streiten. Oder wenn jemand sich im Kochen derart danebenbenimmt und aus dem Unterricht gewiesen wird. Dann bekommen sie hier Betreuung, Hilfe bei Aufgaben, einer Bewerbung. Und sie können sich etwas beruhigen.

Das funktioniert?

Für manche schon, für alle nicht. Wenn das Verhaltensproblem ein dauerhaftes ist, wird es durch eine Pause nicht behoben. Die Unruhe kehrt sofort in die Klasse zurück. Ausserdem bindet eine solche Schulinsel auch viele Ressourcen, ohne dass sie für die schwierigen Schüler eine klare Bezugsperson schafft – genau das, was für sie das Wichtigste wäre.

Eine andere Idee, die etwa in Luzern zur Anwendung kommt, lautet: je mehr integrativ unterrichtete Kinder, desto kleiner die Klassengrösse.

Ein guter Ansatz. Genau solche Ideen müssen wir in Zürich auch prüfen, aber eben ohne Scheuklappen. Kleinklassen müssen wieder eine echte Option sein.

Was sagen Sie zur Kritik von links, dass Sie und Ihre bürgerlichen Partner eine populistisch motivierte Kampagne gegen die Integration führen würden?

Mir geht es um die Schule. Der integrative Unterricht ist an seiner Belastungsgrenze angekommen. Wenn wir ihn jetzt nicht reformieren, werden sich irgendwann jene Stimmen durchsetzen, die ihm ganz den Garaus machen wollen – und das wäre eine Tragödie.

Was Widerstand von unten bewirken kann

Journal 21, 4. März 2025, Carl Bossard

Wieder segelte eine Reform unter der Devise «kompetenzorientiert statt wissensbasiert». Bei der Berufsbildung sollte darum die schriftliche Abschlussprüfung wegfallen. Gegen die Pläne aus Bundesbern regte sich erfolgreich Widerstand. Auch aus den Reihen der Parteien.

In der Schweizer Bildungspolitik gibt es so etwas wie einen geradezu euphorischen Rausch, der immerzu nach dem Neuen giert – und sich dadurch blind macht für das Bewährte, für das «alte Wahre». Davon hat Goethe noch gewusst. Eben: Kann in diesem «alten Wahren» nicht sogar mehr Erfahrung und Weisheit stecken, als diejenigen träumen, die sich stets vom Neuen begeistern und verführen lassen? Nicht umsonst hat Erich Kästner vor den «ewig Morgigen» gewarnt. Doch vor den «ewig Gestrigen» fürchtete er sich ebenso. Auch in der Schule braucht es die konzentrierte und stetige Suche nach dem wissenschaftlich als relevant erwiesenen Wichtigen. Doch dieses Ringen wird erschwert, wenn die Bildungspolitik – wie sie es in den vergangenen Jahren getan hat – nach immer Neuem und Aktuellem ruft, dabei fast jedem zeitgeistigen Modetrend folgt und den Unterricht so in Dauertrab und Atemnot bringt.

Gegen den Wegfall der Schlussprüfung

Bewährtes und Grundlegendes optimieren oder einfach umstrukturieren und Bestehendes aufheben? Das war auch bei der Reform der Berufslehre die Frage: Der Bund mit dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) wollte die schriftliche Lehrabschlussprüfung im allgemeinbildenden Unterricht (ABU) abschaffen. Nicht berufsspezifische Fragen stehen hier im Zentrum, sondern Themen und Grundlagen aus dem Bereich Deutsch, Gesellschaft und Politik, Wirtschaft und Recht. Sie sind wichtig und bilden das Wissensfundament für die intendierten Kompetenzen. Neben dieser Prüfung in den ABU-Fächern gibt es eine vertiefende Arbeit. Sie sollte künftig



stärker gewichtet und mündlich geprüft werden. Dafür hätte das schriftliche Schlussexamen verschwinden müssen. So das Reformvorhaben aus den Berner Beamtenbüros.

Gegen die Elimination dieser Prüfung wehrten sich die Praktiker, allen voran der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung mit ihrem Präsidenten Konrad Kuoni.¹ Der Wegfall der Lehrabschlussprüfung vor Ort schwäche den Stellenwert des allgemeinbildenden Unterrichts – und damit der gesamten Berufslehre, argumentierten die Berufsschullehrer. Zudem bestünde die Gefahr, dass die selbständige Hausarbeit leicht über KI oder mithilfe von ähnlichen Tools verfasst würde.

Prüfung beibehalten: breiter Sukkurs der Politik

Opposition kam auch aus der Politik. Ihre Meinung war klar und unmissverständlich. Alle Parteien sprachen sich für den Weiterbestand der Abschlussprüfung aus – mit Ausnahme der Grünen. Für sie bedeute das neue Konzept mit dem Wegfall des schriftlichen Schlussexamens eine Aufwertung, betonte die grüne Zürcher Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber.

Mit der geplanten Reform scharf ins Gericht ging die FDP Schweiz. Für die Liberalen bedeutete die Reform das jüngste Kapitel in einer Reihe gescheiterter Bildungsexperimente; sie sprachen gar von einem Angriff auf die Berufslehre. «Die FDP stellt sich [darum] entschieden gegen die geplante Abschaffung der schriftlichen Abschlussprüfung im Allgemeinbildungsunterricht.»² Gleich votierten die WBK-Kommissionen (Wissenschaft, Bildung und Kultur) des Nationalrats und des Ständerats; beide wollten die Schlussprüfung beibehalten. Die FDP plante für die Märzsession eine Motion.³

Die andere Sicht des Staatssekretariats SBFI

Die Abschaffung der Schlussprüfung kam als Projekt aus dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). Den Berufsschulen sollte es von oben und gegen den Willen ihrer Lehrerinnen und Lehrer aufoktroiiert werden. Es war aber nicht nur die Basis, die sich gegen die Reform stellte: Auch eine Mehrheit der Kantone, der Verbände, der Ämter und der Bildungsinstitutionen wehrte sich. Doch das SBFI hielt bis zuletzt eisern am geplanten Vorhaben fest. Der Exponent des Widerstandes, Konrad Kuoni, meinte: «Das ist, als würde man am Ende des Gymnasiums auf die Maturitätsprüfungen verzichten und lediglich auf Zeugnisnoten und Maturaarbeit setzen.»⁴

Wegleitend bei der Neukonzeption der Lehrabschlussprüfungen war die Idee der Kompetenzorientierung. Die Reform sollte sie «erhöhen», sagte Corinne Hadorn, Studiengangsleiterin ABU an der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung EHB. Sie hat die Reform mitgeprägt. Entscheidend sei, dass man nicht mehr Wissen abfrage, sondern Kompetenzen prüfe, betonte sie.⁵

Ohne Wissen kein Können

Mit dieser Aussage formulierte Hadorn eine unsägliche Dichotomie: «kompetenzorientiert» versus «wissensbasiert». Wie wenn das eine ohne das andere möglich wäre! Ohne grundlegendes Wissen kein Können. Kompetenzorientierung baut auf profunder Wissensbasis, sonst ist sie orientierungslos. Erst ein fundiertes Grundlagenwissen ermöglicht Kompetenzen. Wie kann ich denn etwas kritisch hinterfragen, wenn ich die Probleme und Phänomene nicht kenne und verstehe und sie nicht einordnen kann, beispielsweise nach den klassischen Kriterien von politisch, ökonomisch, sozial, kulturell?

¹ Nina Fargahi: *Lehrabschluss ohne Prüfung: Eine Reform sorgt für Streit.* In: *Tages-Anzeiger*, 21.02.2025, S.19

² Vgl. <https://www.fdp.ch/aktuell/medienmitteilungen/medienmitteilung-detail/news/die-volksschule-ist-demontiert-nun-greifen-linke-buerokraten-die-berufslehre-an> [abgerufen: 02.03.2025]

³ Sebastian Briellmann: *Eine Lehre ohne Abschlussprüfung.* In: *NZZ*, 18.02.2025, S. 9

⁴ Ders.: *Komfort zählt mehr als Leistung.* In: *NZZ*, 03.01.2025, S. 7

⁵ Vgl. <https://www.srf.ch/news/schweiz/lehrabschlusspruefungen-keine-schriftliche-schlusspruefung-mehr-im-fach-allgemeinbildung> [abgerufen: 02.03.2025]



Kein verantwortungsbewusster Lehrer, keine kompetente Lehrerin ruft an Prüfungen einfach Faktenwissen ab, wie die Reformer suggerierten. Erfahrenen Lehrpersonen ist bewusst: Wissen bildet die Basis für Verstehensprozesse. Kritisches Hinterfragen gründet darum auf systematisch aufgebauten Wissensstrukturen. Sie sind das Fundament für anspruchsvolles Denken, Urteilen und Handeln.

Autonomie und Verantwortlichkeit des Einzelnen bilden

Eine Schlussprüfung kann das nochmals verifizieren. Darum auch wehrten sich die Praktiker – und mit ihnen viele bildungspolitische Verantwortliche – gegen die Abschaffung der Lehrabschlussprüfung. Hier zeigt sich das Bildungsziel: Man muss etwas wissen, man muss etwas können, und beides zusammen soll uns besser denken und handeln lassen. Es ist eine Bildung, die nach aufklärerischer Tradition die Autonomie und Verantwortlichkeit des Einzelnen meint. Das macht ihren Wert aus.

Vielleicht erschliesst sich daraus etwas vom «alten Wahren», von dem, was immer gilt und keinem Verfallsdatum unterliegt. Der Wegfall wäre ein Verlust gewesen. Das Reformprojekt wurde Ende Februar gestoppt; der Bund schafft die Lehrabschlussprüfung nun noch nicht ab.⁶ Dank dem Widerstandsgeist von unten. Vielleicht zeigt er bildungspolitische Signalwirkung.

Der Bund schafft die Lehrabschlussprüfung doch nicht ab

NZZ, 1. März 2025, Schweiz, Matthias Venetz, Bern

Das Staatssekretariat für Bildung plante eine breit abgestützte Reform – doch es unterschätzte die Stimmung in Teilen der Basis sowie im Parlament

Im letzten Moment habe man eine weitere verfehlte Bildungsreform stoppen können, schrieb die FDP am Freitag in einer Mitteilung. Der Bundesrat sei eingeknickt, die schriftliche Abschlussprüfung für Lehrlinge werde nun doch nicht abgeschafft. Das Staatssekretariat für Bildung (SBFI), das besagte Reform angestossen hatte, sprach gleichentags vor den Medien hingegen von einem Kompromiss. Es wollte vermeiden, als Verlierer zu gelten.

Erst klingt es wie ein Widerspruch, doch in gewisser Weise haben beide recht. Und beide liegen auch ein bisschen falsch. Der Bund schafft die schriftliche Abschlussprüfung im allgemeinbildenden Unterricht zwar nicht ab. Doch die Kantone können immer noch entscheiden, ob die Berufsschulen ihre Lehrlinge mündlich oder schriftlich prüfen.

Zudem war die Abschaffung der Schlussprüfung nur ein Punkt der Reform. Das einzige «Pièce de Résistance», wie Rémy Hübschi vom SBFI vor den Medien sagte. Damit könnte eine Kontroverse enden, die mit pointierter Kritik aus der Basis begann, von dort in die Medien drang und schliesslich im Bundeshaus ausgetragen wurde.

Angefangen hat sie, als das SBFI im vergangenen Frühling eine Verordnung in die Vernehmlassung schickte, welche die Ausbildung der Lehrlinge in der Schweiz reformieren sollte. Denn die geltende Verordnung stammt aus dem Jahr 2006, als es noch keine Smartphones und keine KI gab. Zudem war eine Reform schon seit 2019 geplant. Das SBFI erklärte deshalb, dass der Status quo nicht mehr zeitgemäss sei.

⁶ Vgl. Matthias Venetz: *Der Bund schafft die Lehrabschlussprüfung noch nicht ab*. In NZZ, 01.03.2025, S. 9



Test oder Gespräch?

Kurz darauf kritisierten erst einige Lehrpersonen und Verbände ein Detail der Reform: Statt eine Schlussprüfung zu absolvieren, sollten Lehrlinge künftig während einer halben Stunde mündlich ihre Abschlussarbeit verteidigen und Fragen zum Schulstoff beantworten. In einem «vertiefenden Gespräch». Die Gesamtnote hätte sich künftig zu je 50 Prozent aus den Erfahrungsnoten und der Abschlussarbeit zusammengesetzt.

Doch aus der Kritik wurde in den folgenden Monaten eine Kontroverse. Kritiker aus der Basis sahen das Leistungsprinzip bedroht. Vor allem der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung (ZLB) ging in die Offensive. Der Präsident Konrad Kuoni sagte in der NZZ: «Das ist eine Idee aus einer bestimmten Küche: Leistung wird verschmätzt, den Schülern soll alles möglichst einfach gemacht werden, bloss keinen Stress verursachen.»

Das Staatssekretariat reagierte im Sommer zunächst nicht auf die ersten kritischen Stimmen. Man wollte die Vernehmlassung abwarten. Darin sprach sich schliesslich eine knappe Mehrheit der Kantone gegen eine Abschaffung aus. Auch mehrere Parteien waren dagegen. Die SP bemängelte in der Vernehmlassung sogar, dass im Bericht eine Begründung für die Abschaffung fehle.

Der ZLB und auch einzelne Lehrpersonen von der Basis kritisierten nun zunehmend öffentlich, dass das Staatssekretariat an der Basis vorbei eine Reform durchdrücken wolle, der Druck auf das SBFI stieg mit jedem neuen Artikel in den Medien. Doch noch im Winter hielt das SBFI an den Plänen fest und teilte mit, die Reform spiegle einen «breit abgestimmten Konsens der Verbundpartner wider». Das hat sich nun verändert.

Kontroverse und Kompromiss

Mitte Februar diskutierte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) über die Reform und liess sich die geplanten Änderungen von der Verwaltung erklären. Weil es sich um eine Verordnung handelte, konnte die WBK-S allerdings nur Empfehlungen an den Bundesrat aussprechen. In einer Mitteilung schrieb sie, der Verzicht auf die Abschlussprüfung sei ein falsches Signal an die Leistungsbereitschaft der Lehrlinge. Alternativ schlug sie vor, dass die Kantone zwischen zwei Prüfungsformen entscheiden sollten.

Am Freitag zeigte sich nun, dass das Staatssekretariat diesen Empfehlungen folgt. Hübschi vom SBFI sagte der NZZ: «Die Kontroverse hat uns überfahren.» Man habe die Reform in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern erarbeitet und den aktuellen Herausforderungen entsprechend aufgleist. «Wir wollten nicht gar nicht, sondern anders prüfen.»

Hübschi räumt aber ein, man habe Lehren aus den vergangenen Monaten gezogen und wolle die Basis künftig stärker einbeziehen. Die angepasste Reform, die er am Freitag vorstellte, ist denn auch ein Kompromiss. Die Abschlussprüfungen bleiben erhalten, sollen in ihrem Aufbau künftig aber die Abschlussarbeit ergänzen. Der Fokus soll auf Kompetenzen und weniger auf dem Abfragen von Fakten liegen.

Konrad Kuoni vom ZLB sagt, die neue Lösung sei ein Sieg für die Basis, aber auch ein fauler Kompromiss. «Den Entscheid nun den Kantonen zu überlassen, führt zu einem Flickenteppich.» Im Fall des Kantons Zürich bestehe die Hoffnung, dass sich dieser für die Beibehaltung der schriftlichen Prüfung ausspreche, wie es die grosse Mehrheit des betroffenen Lehrkörpers wünsche.

In den kommenden Wochen sucht das Staatssekretariat mit Bund, Kantonen und Verbänden das Gespräch, um die angepasste Verordnung breit abzustützen und fristgerecht einführen zu können. Nachdem die Reform jetzt entschärft worden ist, stehen die Chancen gut, dass sie fristgerecht am 1. Januar 2026 in Kraft treten kann.



Abschaffung ABU-Prüfung: «Halte nichts von Reform»

20 Minuten, 25. Februar 2025

BERN • Die Mehrheit der 20-Minuten-Community will die ABU-Prüfungen behalten, doch es gibt auch Stimmen, die eine stärkere Gewichtung der Abschlussarbeit begrüssen.

Ab 2026 wird die Abschlussprüfung im allgemeinbildenden Unterricht (ABU) an Berufsschulen abgeschafft. Die Endnote setzt sich dann neu zu gleichen Teilen aus einer Erfahrungsnote und einer Abschlussarbeit zusammen. Diese Neuigkeit sorgte für Wirbel: Sowohl der Zürcher Lehrkräfteverband als auch zahlreiche Politiker kritisieren diese Reform scharf. Sie befürchten, dass Lernende dann hauptsächlich KI-Tools verwenden und keine Eigenleistung mehr erbringen. Daraufhin hat 20 Minuten die Community gefragt, wie sie zur Abschaffung der ABU-Prüfung steht. Die Meinungen gehen auseinander.

«Ich halte nichts von dieser Reform», sagt Sven Mathys (30). Für ihn war das Fach Allgemeinbildung während seiner Ausbildung zum Elektroinstallateur wichtig. Besonders kritisch sieht er den Vorschlag, das Fach mit nur einer einzigen Arbeit abzuschliessen, insbesondere im Hinblick auf KI Tools: «Eine Prüfung zwingt die Lernenden dazu, wichtige Inhalte zu wiederholen und selbstständig zu denken.»

Auch für Reto Zbinden (39) ist die künstliche Intelligenz das wichtigste Argument, die Abschlussprüfung beizubehalten. «Arbeiten, die mit KI geschrieben werden, haben keine Relevanz mehr», betont er.

Die Berufskundelehrerin Marianne Leu hält das Fach ABU und die dazugehörige Prüfung für äusserst wichtig. Fiele die Prüfung weg, wären die Noten ihrer Meinung nach stark von den Lehrpersonen abhängig: «Manche Lehrpersonen vergeben kaum eine Note unter 5, während andere nur selten so gute Noten verteilen – eine Prüfung schafft hier mehr Neutralität.» Sascha Bühler (32) findet die Reform hingegen sehr zeitgemäss. «Ich finde Prüfungen nicht aussagekräftig, weil es nur Momentaufnahmen sind.» Leute, die unter Prüfungsangst leiden, seien klar im Nachteil. MGR

Maturitätsquote muss nicht erhöht werden

NZZ, 7. März 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Derzeit erhalten das Gymnasium und die Aufnahmeprüfung seitensweise Aufmerksamkeit in den Medien («Joris hat die Gymiprüfung geschafft», NZZ 1. 3. 25). Es wird über Chancengerechtigkeit und Objektivität der Aufnahmeprüfung sinniert und darüber, wie die Maturitätsquote gesteigert werden kann.

Akademische und nichtakademische Ausbildung muss primär Arbeitsmarktfähigkeit generieren. Rund 70 Prozent der Jugendlichen wählen den Weg in die duale Berufsbildung, was begrüssenswert ist, herrscht doch überall Fachkräftemangel.

Derzeit und in den kommenden Jahren verlassen mehr Personen den Arbeitsmarkt, als neue dazukommen. Der Fachkräftemangel wird sich verschärfen. Vor diesem Hintergrund muss die Maturitätsquote im Kanton Zürich sicher nicht erhöht werden. Die Forderung, die Berufslehre für Jugendliche über finanzielle Anreize attraktiver zu machen und die Lehrlingslöhne zu erhöhen, zielt am Wesen der dualen Berufsbildung vorbei. In bestimmten Branchen werden die Lehrlingslöhne sozialpartnerschaftlich ausgehandelt. Ziel der dualen Berufsbildung ist eine berufsbezogene Ausbildung, die zur Arbeitsmarktfähigkeit führt.

Über 200 000 Jugendliche absolvieren eine Berufsausbildung. Im Vergleich zu anderen Ländern hat die Schweiz eine rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit. Auch die integrative Wirkung der dualen



Berufsbildung ist unbestritten. Das gilt besonders für jugendliche Migrantinnen und Migranten am Arbeitsplatz.

Dieter Kläy, stv. Direktor Schweiz. Gewerbeverband, Ressortleiter Berufsbildung

«Wir sind im Blindflug»

NZZ, 4. März 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann

Die Schweiz habe immer mehr Gutasgebildete, die viel bessere Leistungen bringen müssten, sagt der Bildungsforscher Stefan Wolter. Ihn störe, dass niemand wissen wolle, warum das so sei, betont er im Gespräch mit Sebastian Briellmann

Herr Wolter, durchlebt die Schweiz gerade eine der grössten Bildungskrisen?

Das kann man so nicht sagen. Was aber stimmt: Die Schweiz konnte zwar in der letzten Pisa-Studie sogar Ränge gewinnen, aber nur deswegen, weil die anderen Länder noch schlechter wurden. Beim Pisa-Test für Erwachsene sieht es auch nicht viel besser aus. Wir sind zwar besser als der OECD-Durchschnitt, müssten angesichts des Bildungsstandes der erwachsenen Bevölkerung jedoch deutlich besser sein.

Was sind die Gründe dafür?

Bei Pisa fragt sich das die ganze Welt. Wir wissen es nicht. Den einen Grund scheint es nicht zu geben. Man sagt beispielsweise, dass es an der Digitalisierung liegen müsse. Das ist schwer möglich, sind wir doch so «gut» wie bei der ersten Messung im Jahr 2000 – und damals gab es keine Digitalisierung. Covid kann es bei uns auch nicht sein, wie wir dank Untersuchungen wissen.

Irgendwelche Befunde muss es für die Schweiz doch geben.

Nein, wir sind im Blindflug, was schlimm ist, weil wir zwingend besser abschneiden müssten.

Warum ist das klar?

Wir investieren so viel Geld in die Bildung wie nie zuvor. Trotz steigenden Schülerzahlen sind die Klassen nicht grösser geworden, dafür das Hilfsangebot. Zweitens – und das gilt besonders für die Erwachsenen: Deren Kompetenzen sind praktisch identisch wie vor 23 Jahren. Dabei müssten diese viel höher sein. Heute haben viel mehr Menschen einen tertiären Bildungsabschluss. Höhere Bildung sorgt für bessere Resultate. De facto sind wir in der Schweiz alle schlechter geworden. Besser als der Durchschnitt zu sein, genügt deshalb nicht. Nein, das Resultat ist schlecht, und es muss uns beschäftigen.

Warum beschäftigt es uns nicht genug?

Die Schweiz hat eine Aversion gegen das Testen. Das ist für viele ein Vorteil, weil man behaupten kann, was man will. Jeder Vergleichstest ist ein politischer Kraftakt. Weil sich alle davor drücken. So kann man dahindümpeln, weil man sich den Spiegel so selten vorhält. Es gibt bei uns Reformen, die gross angekündigt und mit schönen Worten beschrieben werden – aber nie wird die Abmachung getroffen, welches Ziel damit erreicht werden soll, und noch viel wichtiger: wie man die Zielsetzung einmal auch überprüfen will. So stehen sich alle aus der Verantwortung. Das ist ein Trend, der sich überall zeigt.

Wie äussert sich das?

Eine Mitarbeiterin eines grossen Unternehmens hat in einem Vortrag von einer grossen Reform erzählt, die sie verantwortet – die Geschäftsleitung hat dafür mehrere Millionen gesprochen. Da dachte ich mir: Das ist wissenschaftlich interessant, diese Reform könnte man doch evaluieren. Nach dem Referat habe ich sie gefragt, ob das Projekt wissenschaftlich begleitet werde. Sie hat mich entgeistert angeschaut und gefragt: Spinnen Sie? Und gesagt: Sie gehe doch nicht zur Geschäftsleitung und verlange Millionen – um dann überprüfen zu lassen, dass die Reform am Ende



vielleicht gar keine gute Idee gewesen sei. Wie man sieht, ist es nicht nur im Bildungswesen so, sondern auch in der Privatwirtschaft. Niemand will scheitern.

Fakten gibt es trotzdem. Sie selbst haben nachgewiesen, dass etwa zu hohe Maturitätsquoten kontraproduktiv sind für viele Schüler, die eigentlich nicht gut genug fürs Gymnasium sind. Kein Wunder, schneiden Erwachsene trotz tertiärer Bildung schlechter ab . . .

Wir wissen: Je höher die Gymnasialquote, desto niedriger die Abschlussquote an der Uni. Aber selbst hier, wo wir Fakten haben, nützt es wenig. Weil politisch nichts zu machen ist.

Warum?

In der Westschweiz kann die Politik die Gymnasialquote nicht einfach halbieren – aus Angst vor den Wählern, die das gar nicht goutieren würden. Wir haben in einem Experiment gezeigt: Wenn die Erfolgchancen des Kindes im Gymnasium schwinden, würden Deutschschweizer Eltern ihr Kind ab einem gewissen Punkt nicht mehr ans Gymnasium schicken. In der Westschweiz hingegen hatte das Risiko keine Auswirkung auf die Präferenz für das Gymnasium. Aber es gibt dafür auch noch andere Gründe.

Welche?

In der Westschweiz gewichtet man den Aspekt, allen eine Chance zu geben, höher – und ist bereit, dafür den Preis von höheren Ausfällen zu zahlen. Wenn wir annehmen, dass 25 Prozent der Schüler gut genug fürs Gymnasium wären, dann nimmt man in Genf lieber 45 Prozent, damit die richtigen 25 Prozent mit Sicherheit dabei sind. Konservativere Kantone nehmen hingegen nur 15 Prozent, weil sie die Ausfallquote tief halten wollen. Zum Preis, dass man 10 Prozent ausschliesst, die das Gymnasium auch geschafft hätten.

Das ist doch gut? Diese 10 Prozent machen dann tolle Lehren, gründen Unternehmen, das stärkt das duale System.

Persönlich bin ich da voll auf dieser Linie, aber aus der individuellen Sicht der Eltern sieht das anders aus. Für das Bildungssystem als gesamtes ist es aber – vorausgesetzt es ist durchlässig, wie in der Schweiz – besser, dass man dort einsteigt, wo man realistische Chancen auf Erfolg hat. Ein Aufstieg ist immer möglich. Umgekehrt gilt: Wenn man zu hoch eingestuft wird, aus dem Gymnasium fliegt oder das Unistudium nicht schafft, besteht die Gefahr, dass der Misserfolg derart demotiviert, dass man weniger weit kommt. Im internationalen Vergleich sind wir aber vorbildlich.

Können Sie das ausführen?

Ich kann das anhand einer persönlichen Anekdote erzählen. Einmal ging ich zum Coiffeur und wurde von einer jungen Frau bedient, die ich noch nie zuvor gesehen hatte. Weil sie nur am Samstag arbeitet. Unter der Woche studierte sie. Ich wollte schon aufstehen – und habe sie gefragt: Sind Sie überhaupt eine Coiffeuse? Sie erzählte mir ihre Geschichte: Als Teenager sei sie schulisch komplett unmotiviert gewesen, mit entsprechend schlechten Noten. Eltern und Lehrer meinten, da würde nur diese Lehre bleiben. Sie zog diese durch, aber dachte irgendwann: Das kann's doch nicht gewesen sein. Sie machte die Berufsmaturität und studierte danach Biochemie. Das ist Durchlässigkeit. Im Vergleich zu Schweden etwa . . .

. . . wo Sie wieder beim Coiffeur gewesen sind?

Ja. (Lacht.) Das ist wirklich wahr. Dort habe ich die Coiffeuse gefragt, welchen Bildungsweg sie durchlaufen habe. Zuerst eine Matura mit Schwerpunkt Medien. Der einfachste Weg, weil sie nicht wirklich eine gute Schülerin war. Danach habe sie realisiert, dass ihr das wenig bringe, da in Schweden die Unis die Studenten auswählen könnten und sie keinen Studienplatz gefunden habe. Darum musste sie – privat finanziert – ihre Coiffeuse-Ausbildung machen. Als Teenager waren wohl beide schulisch gleich schlecht. Welcher Pfad ist nun aber langfristig der bessere gewesen?

Dennoch haben wir in der Schweiz zu viele Menschen, gerade aus dem Ausland, mit ungenügenden Kompetenzen.

Das ist so. Der Anteil an Migranten mit ungenügenden Kompetenzen ist viel zu hoch – was aber auch damit zusammenhängt, dass die Schweizer Wirtschaft immer noch zu viele schlecht ausgebildete Personen aus dem Ausland holt. Das ist eine Hypothek.



Holen wir die falschen Migranten?

Die Wirtschaft «füllt» mit Migranten die Löcher, wo es sie gibt. Der Schweizer will nicht putzen und servieren – und Ärzte und Astrophysiker haben wir nicht genug. Früher war es allerdings noch schlechter, denn mit dem Kontingentsystem holten wir nur die Unqualifizierten. Durchschnittlich ist die Qualifikation heute deshalb besser, aber bipolar. Der eine Pol ist gleich oder besser qualifiziert als die Schweizer, der andere sehr viel schlechter.

Was hat das für Folgen?

Schlecht qualifizierte Migranten belasten im Durchschnitt das Bildungssystem nicht selten über Generationen, weil auch ihre Kinder und Enkel wegen der Bildungsferne der Eltern eher Probleme haben. Aber eben: Das sind Menschen, die mit einem Arbeitsvertrag hierherkommen. Die Schweizer Wirtschaft will sie. Und die Migration ist auch nicht hauptverantwortlich für unsere schlechten Bildungsergebnisse. Wir haben heute besser qualifizierte Migranten, und es sind vor allem die einheimischen Schüler, die in den letzten zwanzig Jahren schlechter geworden sind.

Läuft es anderswo besser?

Teilweise schon. Die Niederlande, Schweden und Norwegen haben auch den freien Personenverkehr, viel Zuwanderung, zahlen hohe Löhne – und sie schneiden beispielsweise im OECD-Vergleich bei den Kompetenzen der Erwachsenen besser ab. Und Durchschnitt genügt für ein Land mit der Wertschöpfung wie jener der Schweiz nicht. Wo sollen in Zukunft die Arbeitsplätze entstehen für den Viertel der Schulabgänger, die keine adäquaten Kompetenzen in Grundlagenfächern haben? Meine Sorge ist, dass es zwar derzeit noch zu viele solcher Jobs gibt, aber wir sie uns auf die Dauer nicht mehr leisten werden, wenn man bedenkt, was Automatisierung, Roboterisierung und künstliche Intelligenz können.

Wird das unterschätzt?

Ja, weil dank der Technologie schlecht oder mittelmässig Ausgebildete nun Aufgaben erfüllen können, die eigentlich viel höhere Kompetenzen erfordern würden. Wirtschaftlich und gesellschaftlich wird das aber zunehmend ein Problem, denn diese Menschen haben zwar eine Leistung von kompetenten Personen, bleiben selbst aber inkompetent. Wem gehört dann der Mehrwert ihrer Arbeit? Nicht ihnen, sondern den Besitzern der Technologie. Für den Arbeitsmarkt und die Sozialpartnerschaft kann das zu schwierigen Auseinandersetzungen führen.

Was droht da?

Nun, einerseits die Gefahr der Erosion des Mittelstandes, weil schlechter gebildete Personen seine Jobs übernehmen – aber deswegen ökonomisch nicht in den Mittelstand aufsteigen. Andererseits, weil KI nicht nur jene mit mittelmässigen Kompetenzen trifft, sondern nun auch jene gefährdet, die Jahre in ihre Ausbildung investiert haben oder es tun könnten.

Wie wirkt sich das konkret aus?

Ich kann das am Beispiel des Anwalts beschreiben. Früher lebten der Anwalt und der Volontär praktisch in einer Symbiose. Der Anwalt konnte die wenig anspruchsvollen Arbeiten auslagern, und der Volontär erwarb sich Kompetenzen, indem er einen Monat lang nach relevanten Gerichtsurteilen recherchierte. Heute kann der erfahrene Jurist dies dank KI in wenigen Minuten selbst erledigen. Er braucht keinen Volontär mehr, und zwar nicht deswegen, weil er Geld sparen will, sondern wegen der Zeitersparnis, die es ihm ermöglicht, viel mehr Fälle annehmen zu können. Das Problem ist: Wie soll sich der künftige Jurist dann das nötige Wissen aneignen, um später selbst ein Profi zu werden?

Wie kann man dem begegnen?

Weniger mit der Frage, welche menschlichen Kompetenzen überflüssig werden, sondern damit, welche Kompetenzen der Mensch entwickeln muss, damit er die Technik zu seinen Gunsten nutzen kann. Derzeit sehe ich in der Wirtschaft und der Bildung eine Dualität. Die einen, die schon sehr fix unterwegs sind und es nicht an die grosse Glocke hängen – damit die Konkurrenz nicht aufgeschreckt wird oder die Gewerkschaften keine Angst vor Stellenabbau bekommen. Und die anderen,



die verharmlosen oder sich gar darüber lustig machen, im Stile von: Haha, in der Computerübersetzung hat es zwei Fehler. Darauf entgegne ich: Wie viele Fehler hätte ein Mensch gemacht? Und wie oft macht ein solches System den gleichen Fehler zweimal? Dass die Arbeitswelt und das Bildungswesen durch KI fundamental verändert werden, ist für mich klar – und muss ernsthafter diskutiert werden.

Veranstungshinweis

Künstliche Intelligenz – welche Auswirkungen hat KI auf unsere Kinder, Schule und Gesellschaft?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. März 2025

Referenten

Michael Lutz (Sekundarlehrer, Neftenbach)

Prof. Dr. Mathias Binswanger (Fachhochschule Nordwestschweiz)

Einführung

Prof. Dr. Jürg Barben (Leiter Fortbildungskommission am OKS)

Ort und Datum

Mittwoch, 12. März 2025, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)

